

# Calmer & Co. Calw

Nr. 277.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungswelle: 3 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Zeile 25 Pfg. - Schlus der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. - Fernsprecher 9.

Donnerstag, den 27. November 1919.

Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 4.50 vierteljährlich, Postbezugpreis im Orts- u. Nachbarortviertel M. 5.-, L. Fernverkehr M. 5.10 mit Postlohn und Zuschlag

## Die deutsche Antwort auf die Kriegsgefangenennote der Entente.

Berlin, 26. Nov. Die Reichsregierung hat auf die letzte Kriegsgefangenennote der Entente mit folgender Note geantwortet, die heute in Paris übergeben wurde:

Auf die am 21. November in meine Hände gelangte Note vom 15. November betreffend die Heimführung der Kriegsgefangenen aus Frankreich beziehe ich mich Sw. Erzelenz im Auftrage meiner Regierung folgendes mitzuteilen:

1. Die französische Regierung stellt die Behauptung auf, sie habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Sie hat anscheinend ihre amtliche, durch die „Agence Havas“ am 29. August veröffentlichte Bekanntmachung vergessen. Diese Bekanntmachung lautet:

„Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er die Heimführung der deutschen Gefangenen betrifft, vorzubereiten. Die Arbeiten der Heimführung (Operations des Repatriements) werden sofort beginnen und zwar unter Leitung einer internationalen Kommission, der nach Inkraftsetzung des Vertrags ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll. Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, aus der die deutschen Soldaten so große Vorteile ziehen werden, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.“

Die französische Regierung behauptet selbst nicht, daß sie diese Zusage zurückgenommen hat, weil die deutsche Regierung über das deutsche Volk die ihnen obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt hätten. — Ein solche Zurücknahme hätte ja zum mindesten auch der deutschen Regierung mitgeteilt werden müssen. — Vielmehr leugnet die französische Regierung einfach, irgend ein Versprechen abgegeben zu haben.

Diese widerspruchsvolle Haltung ist umso unverständlicher, als die Erklärung vom 29. August nicht etwa ein freies Zugeständnis war, das aus Gründen der Menschlichkeit erteilt wurde, sondern die Gegenleistung für Zugeständnisse, zu denen die französische Regierung die deutsche Regierung dadurch veranlaßt hatte, daß sie ihr ein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage versprach.

Es handelte sich dabei einmal um die Kohlenlieferungen und zweitens um den Fall des Sergeanten Mannheim.

1. Bei den Pariser Verhandlungen über die Lieferung von Kohlen an Frankreich wurde dem deutschen Vertreter am 22. August erklärt, Deutschland werde für seine Wünsche in der Kriegsgefangenenfrage kein Gehör finden, ehe mit den Kohlenlieferungen begonnen sei. Sobald diese Lieferungen eingesetzt hätten, werde die Entente in dieser Hinsicht weiteres Entgegenkommen zeigen.

2. Im Falle des Sergeanten Mannheim hatte die deutsche Regierung die Zahlung der unter Androhung militärischer Zwangsmaßnahmen der Stadt Berlin auferlegten Buße von einer Million Francs abgelehnt. Darauf wurde ihr von autorisierter französischer Stelle nahegelegt, die Angelegenheit durch ein Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen. In diesem Falle werde Marshall Foch seinen Einfluß auf die alsbaldige Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen einleiten. Auch in Paris wurde zur selben Zeit der Fall Mannheim mit der Kriegsgefangenenfrage in Verbindung gebracht. Als der deutsche Vertreter am 26. August, nachdem der sofortige Beginn der Kohlenlieferungen zugesagt war, mit Beziehung auf die vorausgegangene Zusage die Bitte aussprach, alsbald in Verhandlungen über die Heimführung der Kriegsgefangenen einzutreten, wurde dies zwar mit dem Bemerkten versprochen, daß ihm der Ministerpräsident, Herr Clemenceau, in den nächsten Tagen darüber schreiben werde, zugleich aber bat ihn der französische Vertreter, sich für die Zahlung der im Falle Mannheim verlangten Million einzusetzen, da die Erledigung dieser Angelegenheit dem Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, sehr am Herzen liege. In Berlin wurde dann die Vereinbarung getroffen, daß der Betrag von einer Million Francs der französischen Regierung für das rote Kreuz zur Verfügung gestellt

werde, daß innerhalb einer Woche nach der Zahlung die in Art. 215 des Friedensvertrages vorgesehene Kommission zur Regelung der Heimführung der Kriegsgefangenen zusammentreten und daß dies durch die Agence Havas bekanntgegeben werden solle.

Als die Einsetzung der Kommission sich verzögerte und der deutsche Vertreter in Paris an die Erfüllung des Versprechens mahnte, wurde ihm am 18. September mitgeteilt, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen; zuerst kämen die Kriegsgefangenen aus England, dann die aus Amerika, zuletzt die aus Frankreich an die Reihe. Deutsch-französische Verhandlungen über diese Transporte seien nach Auffassung des Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, unnötig.

Die französische Regierung wird hiernach nicht bestreiten können, daß Deutschland vor Monaten durch erhebliche Opfer das bindende Versprechen von ihr erlangt hat, die Heimführung der Gefangenen nicht bis zu dem im Friedensvertrag bestimmten Zeitpunkt aufzuschieben, sondern sofort damit zu beginnen.

Die Note vom 15. November beschränkt sich nicht darauf, die Verpflichtung zur sofortigen Heimführung der Kriegsgefangenen zu bestreiten, sondern legt ausführlich dar, aus welchen Gründen die französische Regierung auch nicht gewillt ist, freiwillig vor der Inkraftsetzung des Friedensvertrages mit der Heimführung zu beginnen. Die Ausführungen stellen ein Verzeichnis aller Beschwerden dar, welche die französische Regierung gegen Deutschland erheben zu können glaubt. Die Kriegsgefangenen sind es, an die sich die französische Regierung wegen dieser Beschwerden hält.

Im Widerspruch mit den Grundätzen des Edelmut und der Menschlichkeit, die die französische Regierung stets als ihre Richtschnur bezeichnet, müssen also Schuldlose für die vermeintlichen Verfehlungen der deutschen Regierung büßen und als Geiseln dafür haften, daß die französischen Wünsche erfüllt werden.

Diese Politik muß umso schärfer verurteilt werden, als die Behauptung, daß die Kriegsgefangenen in materieller und moralischer Hinsicht durchaus gut behandelt werden, leider nicht den Tatsachen entspricht. Sie stehen nach wie vor unter der Herrschaft des Kriegesrechts, das mit erbarmungsloser Strenge gehandhabt wird. Kleidung und Unterbringung reichen vielfach für die kalte Jahreszeit nicht aus. Zum Teil sind die Kriegsgefangenen noch von dem Verkehr mit der Heimat abgeschnitten.

Angesichts der klaren Sachlage, die durch das Versprechen der französischen Regierung geschaffen ist, könnte ein weiteres Eingehen auf diesen Teil der Note überflüssig erscheinen. Um keine falschen Eindrücke entstehen zu lassen, hält es die deutsche Regierung jedoch für angebracht, folgendes zu bemerken:

1. Die deutsche Regierung hat nicht, wie es nach der Note scheinen könnte, abgelehnt, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß sie ihre Unterschrift unter die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Herausgabe der wegen eines Verstoßes gegen die Kriegsgesetze angeklagten Personen gesetzt hat, vielmehr hat sie unter Anerkennung der vertraglichen Verpflichtungen auf die Schwierigkeiten, die sich der Ausführung dieser Bestimmungen entgegenstellen, hingewiesen und — ohne einen förmlichen Antrag zu stellen — die alliierten und assoziierten Regierungen gebeten, ihrerseits zu erwägen, wie sich der von ihnen verfolgte Zweck auf anderem Wege erreichen lasse. Uebrigens hat sie diesen Schritt getan, ehe die Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 2. November in ihre Hände gelangte.

2. In der Note wird gefragt, wie sich wohl die Bewohner der zerstörten Gebiete damit abfinden würden, wenn die dort mit den dringendsten Aufräumungsarbeiten beschäftigten Kriegsgefangenen vor dem im Friedensvertrag bestimmten Termin die Arbeit aufgeben und Frankreich verlassen würden. Die deutsche Regierung kann nicht glauben, daß diese Frage in dem Sinne zu beantworten ist, wie die Note zu verstehen gibt. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die französische Bevölkerung ein Herz für das Glend der Kriegsgefangenen hat und es trotz der eigenen Not vorziehen würde, wenn sie die Freiheit zurückerböhlen, statt sie in hartem Zwangsarbeit für Handlungen büßen zu lassen, für die sie keine Verantwortung trifft.

3. Von maßgebender französischer Seite ist seit dem 11. Juli wiederholt feierlichst versichert worden, daß die Kriegsgefangenen-

frage nicht mit der Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete verknüpft werden solle. Daran, daß noch immer kein endgültiges Abkommen über die Bereitstellung deutscher Zivilarbeiter zu Stande gekommen ist, trägt die deutsche Regierung keine Schuld. Sie hat sich gleich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages bereit erklärt, deutsche Arbeitskräfte für den Wiederaufbau zu stellen und hat in den sich anschließenden Verhandlungen eingehende Vorschläge über die Art ihrer Verwendung gemacht. Gleichzeitig wurden im Inland die bereits vor Unterzeichnung des Vertrags beantragten Vorbereitungen zur Entsendung der Arbeiter auf das eifrigste gefördert. Die französische Regierung ist darüber auf dem Laufenden gehalten worden. Die deutsche Regierung behauptet, daß es trotz ihres wiederholten Ersuchens der französischen Regierung nicht möglich gewesen ist, eine endgültige Erklärung über die deutschen Vorschläge abzugeben und die Abschnitte zu bezeichnen, in denen die Wiederaufbauarbeiten von deutschen Arbeitern ausgeführt werden sollen.

4. Nicht verständlich ist der Vorwurf, die deutsche Regierung habe alle vorläufigen Maßnahmen zur Erleichterung der Ausführung der Friedensbedingungen in Schleswig und Oberschlesien abgelehnt. Die Vorbereitungen zur Ausführung des Friedensvertrages in dem schleswischen Abstimmungsgebiet sind von der deutschen Regierung in jeder Weise erleichtert worden. Zwischen ihr und der internationalen Kommission, die während der Abstimmung die Verwaltung übernehmen soll, haben eingehende Verhandlungen stattgefunden, bei denen über alle wesentlichen Fragen Übereinstimmung erzielt wurde. Beauftragte der Kommission sind bereits jetzt mit Genehmigung der deutschen Regierung im Abstimmungsgebiet tätig. Was Oberschlesien betrifft, so ist die deutsche Regierung auf den Wunsch der alliierten und assoziierten Regierungen, eine Militärmission zur Untersuchung der Lage dorthin zu entsenden, bereitwillig eingegangen. Es ist zur Genüge bekannt, daß auch nach den Feststellungen dieser Kommission die Schuld an der Aufstandsbewegung im Monat August und somit an den Leiden, die sie notwendigweise für die Bevölkerung zur Folge hatte, nicht der deutschen Regierung zur Last zu legen ist.

5. Die deutsche Regierung weist die Behauptung zurück, daß sie planmäßig die Erfüllung der Bestimmungen des Waffenstillstandes verweigert habe. Deutschland hat sein Neuestes getan, um den unerhörten schweren Ansehensverlust, die durch dieses Abkommen gestiftet wurden, gerecht zu werden. Die deutsche Regierung verzichtet darauf, hier die vielen schweren Verbrechen und Gewalttaten zur Sprache zu bringen, durch die der Waffenstillstand von ihren Gegnern verletzt worden ist. Sie weiß, daß ihre Stimme jetzt ungehört verhallen würde. Eine prätere, gerechter urteilende Zeit wird den Spruch darüber fällen, von welcher Seite mit größerem Recht Klage geführt werden kann.

6. Auf die Angelegenheit der Verletzung der Kriegsschiffe in Scapa Flow wird an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden. Auch die Frage der Räumung der baltischen Provinzen braucht hier nicht behandelt zu werden, da sie zur Zeit von der internationalen Kommission unter Führung des Generals Nessel einer Prüfung unterzogen wird, deren Ergebnis abzuwarten ist.

7. Bei dem Vorwurf, den die Note wegen der „zweideutigen, bis heute aufrecht erhaltenen Artikel“ der deutschen Reichsverfassung erhebt, handelt es sich um eine längst erledigte Angelegenheit, in der die deutsche Regierung alles getan hat, was die alliierten und assoziierten Regierungen von ihr verlangten hatten.

8. In der Note wird endlich behauptet, die deutsche Regierung betreibe in der ganzen Welt mit unheimlichen Mitteln eine unblutige Propaganda gegen die Alliierten. Die deutsche Regierung kann nur ihr Befremden darüber ausdrücken, daß solche Erfindungen Menschen finden und der Aufnahme in ein amtliches Schriftstück für würdig erachtet werden. Sie hofft, daß die alliierten und assoziierten Regierungen ihre Aufmerksamkeit dadurch nicht von der Kriegsgefangenenfrage ablenken lassen die ernster und dringlicher wird und in der Deutschland auf das Mitgefühl aller zivilisierten Völker rechnen zu können glaubt.

<b>Deutsche Spar-Prämienanleihe</b> 1919	<b>Hauptgewinne</b> <b>10 mal 1.000.000 Mark</b>	<b>Erste Gewinnziehung</b> im März 1920
---	---	---



### Eine neue Verhöhnung Deutschlands.

Paris, 25. Nov. Havas meldet: Der Präsident der deutschen Friedensdelegation Herr v. Versner richtete am 21. Nov. folgendes Schreiben an den Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutafta:

Unsere Besprechung von Montag hat Herrn v. Simons überzeugt, daß er vor jeder weiteren Diskussion in der Frage des Inkrafttretens des Friedensvertrages seiner Regierung einen Bericht unterbreiten muß, um so mehr, als für das zu schließende Abkommen die Zustimmung der Nationalversammlung notwendig ist. Herr v. Simons wird daher morgen abend nach Berlin abreisen. Ich sehe mich außerdem veranlaßt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß ich mit aller Energie gegen die neuerliche Verhöhnung der Heimkehrer der Internierten und Kriegsgefangenen mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages protestiere. Die a. und a. Regierungen haben die Gefangenensfrage von der Frage des Inkrafttretens des Friedensvertrages getrennt, und wenn nun dieses Versprechen keinen Wert mehr haben soll, so kann die deutsche öffentliche Meinung auch in das Versprechen, das uns die französische Regierung in Aussicht stellt, kein Vertrauen setzen. Zum Schluß möchte ich Sie auf die in der Presse de Paris erschienenen Artikel über die Auslieferung der Schuldigen aufmerksam machen.

Herr v. Versner richtete am 23. 11. ein zweites Schreiben an den Generalsekretär der Friedenskonferenz, durch das er die Verschiebung der durch Schreiben vom 22. 11. angezeigten Sitzung bis nach der Rückkehr des Herrn v. Simons und der ihn begleitenden Experten beantragt. Clemenceau antwortete auf diese beiden Schreiben wie folgt:

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 21. 11. anzuzeigen, durch das Sie mich davon in Kenntnis setzen, daß Herr v. Simons nach Berlin abgereist ist, um mit der Regierung Rücksprache zu nehmen über die Inkraftsetzung des Friedensvertrages, und welches mich davon unterrichtet, daß die zu treffenden Vereinbarungen der Genehmigung der Deutschen Nationalversammlung unterliegen. Diese Mitteilung veranlaßt mich, davon zu zweifeln, ob die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls, zu der die a. und a. Mächte bereit sind, zum festgesetzten Zeitpunkt am 1. 12. erfolgen kann, trotzdem die deutsche Regierung schon seit 1. 11. im Besitze der Note der Alliierten und des ihr beigefügten Protokolls ist. Eine Verzögerung in der Ratifikation ist daher um so bedauerlicher, als sie an der Aufrichtigkeit der deutschen Absichten bezüglich der Erfüllung der durch den Waffenstillstandsvertrag und den Friedensvertrag eingegangenen Verpflichtungen Zweifel aufkommen läßt. Es scheint doch im allgemeinen und besonders im Interesse Deutschlands zu liegen, wenn der Friedensvertrag möglichst schnell in Kraft tritt, zur baldigen Herbeiführung des Friedens und der Ermöglichung des Wiederaufbaues, den er der ganzen Welt bringt. Die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls setzt außerdem noch den Zeitpunkt für die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen fest. In diesem Zusammenhang möchte ich noch die ungenaue Behauptung rügen, die Sie in Ihrem geistigen Schreiben wiederholen, daß Frankreich Versprechen gemacht hätte, die es nicht hielt. Die Wahrheit steht ganz anders aus. Der Oberste Rat hat am 28. 8. einer Erklärung zugestimmt, die darauf hingieht, dem Zeitpunkt der Ratifikation vorzugreifen gerade wegen der Gefangenen und der Festsetzung des Beginns der Heimkehr. Dieser Beschluß wurde sofort zur Ausführung gebracht und mit der Heimkehrung begonnen. Und so sind im Einvernehmen mit Frankreich die von England, Amerika und Belgien gemachten Gefangenen nach Deutschland zurückbefördert worden. Der Beschluß setzte aber ausdrücklich fest, daß die Fortsetzung dieser wohlwollenden Politik von der Erfüllung der der deutschen Regierung und dem deutschen Volk auferlegten Verpflichtungen abhängt. Die Tatsache, daß diese Note erst jetzt erfolgt, beweist die Geduld der Alliierten, die sie gegenüber Deutschland an den Tag legten, um ihm Zeit zu geben, seine Verpflichtungen zu erfüllen; sie konstatiert aber zu gleicher Zeit, daß Deutschland einer Reihe sehr wichtiger Punkte nicht nachgekommen ist. Die Folge dieser Nichterfüllung sollte nun der Beschluß sein, sich streng an den Wortlaut des Vertrages zu halten, der den Zeitpunkt der Heimkehrung der Gefangenen an das Inkrafttreten des Vertrages bindet. Es hängt also nur von der deutschen Regierung ab, daß die endgültige Ratifikation innerhalb einer Frist von 8 Tagen unterzeichnet wird und die Gefangenen heimkehren können. Es genügt, daß die Alliierten und die deutschen Kommissäre ohne neue Differenzen die Ausführungsbestimmungen bezüglich der östlichen Territorien und das der Note vom 11. beigegebene Protokoll, das die völlige Befolgung der Waffenstillstandsbedingungen sichert und die Sanktionen für die Verletzung dieses Vertrages regelt, unterzeichnen.

Ein Postskriptum vom 24. 11. fügt bei: Die neue Tatsache, die dem Obersten Räte durch Ihr Schreiben vom 21. 11. zur Kenntnis gebracht wird, ist die Abreise des Herrn v. Simons mit den ihn begleitenden Sachverständigen, die sich seit drei Tagen in Paris befanden, um mit den Alliierten die durch das Inkrafttreten des Friedensvertrages aufgeworfenen Fragen bezüglich der Tätigkeit der Regierungskommissionen, der Volksabstimmungen und der Grenzverletzungen zu besprechen. Der Oberste Rat war lebhaft überrascht über die Abreise der deutschen Delegierten und kann sie sich nur so auslegen, daß Deutschland die noch nötigen Besprechungen, die zum endgültigen Austausch der Ratifikationen unbedingt nötig sind, hinauschieben will. Diese Tatsache wirft ein schiefes Licht auf die Absichten der deutschen Regierung. Der Oberste Rat wünscht eine rasche Erledigung der Angelegenheit und schreibt der deutschen Regierung alle Verantwortung für die Verzögerung der Herbeiführung des Friedenszustandes zu.

\* Man muß es sagen, Clemenceau versteht es ausgezeichnet, den Kern der Sache zu umgehen. Deutschland hat den Friedensvertrag unterzeichnet, drei Großmächte der Entente haben ihn ebenfalls ratifiziert, sodas also der Gefangenentrückgabe, wie sie nach den Besprechungen Frankreichs vorgesehen war, nichts mehr im

Wege stehen würde. Um sich aber nun weiterhin der Verpflichtung, die Gefangenen herauszugeben, zu entziehen, wird die Gefangenentrückgabe seitens Frankreichs davon abhängig gemacht, ob wir auch noch die Zuforderungen der Entente, auf Grund deren wir bis zum Neukerfen ausgefaugt und abemüht werden sollen, unterschreiben. Also Erpressung um Erpressung wird auf uns ausgeübt und dabei gebraucht Clemenceau die gemeinsten Mittel seines heuchlerischen und haherfüllten Charakters. Die deutsche Regierung hat ihm nun eine sachliche, würdige und doch seine Niederträchtigkeit und Lüge kennzeichnende Antwort erteilt. Wie sehen aber aus dem deutschen wie aus dem gegnerischen Schriftstück, daß wir wieder einmal an einer scharfen Kippe in der Außenpolitik angelangt sind, die zu umgehen es einer ruhigen und sicheren Hand am deutschen Steueruder bedürfen wird.

### Oesterreichische Urteile zur Kriegsgefangenennote Clemenceaus.

Wien, 26. Nov. Die Blätter geben ihrer Entrüstung über Form und Inhalt der Note Clemenceaus wegen der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen Ausdruck, der „Neue Tag“ bezeichnet die Note als ein trauriges Dokument, aus dem noch alle Leidenschaften des Krieges sprächen. Einmal mißte die Gehässigkeit doch ein Ende haben. Das Blatt wirft die Frage auf, ob Frankreich etwa darauf aussehe, den Friedensvertrag über den Haufen zu werfen um einen für Deutschland noch härteren durchzusetzen. Das „Deutsche Volksblatt“ nennt die Note eine neue Infamie Clemenceaus, die zugleich die unmenichliche Grausamkeit der französischen Erpressungspolitik beweise.

### Ausland.

#### Eine englische Bewegung zur Annahme Deutschlands in den Völkerbund?

Amsterdam, 26. Nov. Laut Telegramm meldet der Pariser Korrespondent der „New-York Sun“, in englischen Kreisen mache sich eine Bewegung geltend, Deutschland aufzufordern, unverzüglich dem Völkerbund beizutreten, und zwar als Antwort auf den Beschluß des amerikanischen Senates, den Friedensvertrag nicht zu ratifizieren. Lord Robert Cecil soll dieser Bewegung nicht fernstehen. Er habe auf Befragen erklärt, er sei jederzeit dafür eingetreten, daß Deutschland so bald wie möglich dem Völkerbund beitrete. — Wenn die Engländer uns im Völkerbund haben wollen, dann haben sie ihre Gründe, die zweifellos nicht gleichgültig mit unsern Interessen sind. Man muß beachten, daß wir auch Pflichten im Völkerbund hätten, nämlich letzten Endes Teilnahme an kriegerischen oder wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Feinde des Völkerbundes, die vielleicht unsere Freunde sind.

Amsterdam, 27. Nov. „Daily Chronicle“ schreibt, daß der Bericht des Pariser Korrespondenten der „New-York Sun“, daß man in britischen Kreisen geneigt sei, Deutschland infolge der Beigerung der Vereinigten Staaten sofort zum Völkerbund zuzulassen, nicht den Tatsachen entspricht. In gut unterrichteten Kreisen sei man der Ansicht, daß keine Möglichkeit bestehe, Deutschland sofort zum Völkerbund zuzulassen. Ein derartiger Beschluß könne von der Versammlung des Völkerbundes nur mit Stimmeneinheit gefaßt werden und eine derartige Versammlung werde nicht früher stattfinden als etwa zweieinhalb Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages.

#### Die Ausweisungen aus Deutsch-Südwestafrika.

Endlich hat der Administrator von Deutsch-Südwestafrika die Zahl der Ausgewiesenen angegeben. Danach sind von 12000 deutschen Einwohnern des Landes bisher rund die Hälfte, 6000, deportiert worden. Die Ausgewiesenen erleiden großen materiellen Schaden, da es ihnen in der Regel nicht möglich ist, ihren Besitz zu angemessenen Preisen zu veräußern. Auf die Mißstände dieser Ausweisungstaktik aufmerksam gemacht, erklärte General

Smuts, daß nicht beabsichtigt sei, eine Untersuchungskommission nach Deutsch-Südwest zu schicken. Südafrikanische Blätter tabeln scharf die Maßnahmen der britischen Verwaltung der deutsch-südwestafrikanischen Bevölkerung gegenüber.

#### Starke Beschränkung des Zugverkehrs in Ungarn wegen Kohlenmangels.

Budapest, 27. Nov. (Ung. Korr.-Bur.) Mit Rücksicht auf den großen Kohlenmangel wird außer den bereits verfügbaren Einschränkungen des sonntäglichen Personenverkehrs vom 28. 11. an auf sämtlichen Linien der ungarischen Staatsbahnen der Personenverkehr auch Mittwochs und Freitags eingestellt und nur der notwendige Lokalverkehr aufrecht erhalten.

#### Ägyptische Hilferufe an die Henkersgehilfen Englands.

Paris, 27. Nov. Das ägyptische Nationalkomitee hat an die „Summit“ ein Telegramm gerichtet, in dem es wegen des Vorgehens der englischen Truppen gegen die friedliche Bewegung des ägyptischen Volkes zur Erlangung seiner Unabhängigkeit protestiert. Seit neun Monaten fliehe das Blut des ägyptischen Volkes. Das Komitee fordert Frankreich auf, Ägyptens geheiligte Sache zu verteidigen. — Der Präsident der ägyptischen Friedensdelegation richtete auch ein Telegramm an Wilson, in dem er sagt, die Ägypter seien der Gegenstand barbarischer Behandlung seitens der englischen Behörden. Das ägyptische Volk sei fest entschlossen, die britische Beherrschung niemals anzunehmen. Er beschwöre den Präsidenten Wilson, das ägyptische Volk zu unterstützen.

#### Deutsche Dampfer in amerikanischen Diensten.

Paris, 26. Nov. Nach einer Meldung aus London ist der deutsche Passagierdampfer „Waterland“ der Amerikalinie überwiesen worden. Er soll den regelmäßigen Dienst zwischen Southampton und New-York versehen.

### Deutschland.

#### Vor der Entscheidung über das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 27. Nov. Das Kompromiß über die Betriebsrätefrage ist noch nicht zustande gekommen und über den Bilanzparagrafen ist überhaupt noch keine Einigung erreicht. Heute Vormittag soll der Ausschuss zunächst nur den Aufsichtsparagrafen beraten. Am Nachmittag werden die Vertreter der Mehrheitsfraktion ihre vertraulichen Besprechungen fortsetzen. Nach der „Germania“ darf man sagen, daß in grundsätzlicher Beziehung bereits eine Einigung zwischen den drei Mehrheitsparteien zustande gekommen ist, sodas die Gefahr für die Vorlage und damit auch die einer etwaigen Krisis im Reichskabinett als schon behoben gelten darf. — Es handelt sich bekanntlich um die Forderung der Sozialisten, daß Mitglieder des Betriebsrats an den Aufsichtsratsitzungen teilnehmen und bei Aufstellung der Bilanz mitwirken dürfen.

#### Die demokratischen Kompromiß-Vorschläge zum Betriebsrätegesetz.

Berlin, 26. Nov. Wie das „B. Z.“ u. a. meldet, traten heute Vormittag die drei Regierungsparteien zu einer Sitzung zusammen, um die Lage hinsichtlich des Betriebsrätegesetzes zu klären. Die demokratische Fraktion machte dabei neue Vermittlungsvorschläge. Sie forderte, daß noch vor Weihnachten ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, der ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren zur Verhütung von Streiks bringe. Von dieser Voraussetzung ausgehend, schlägt die demokratische Fraktion vor, daß ein oder zwei Mitglieder der Betriebsräte im Interesse der Forderungen der Arbeiterschaft in den Aufsichtsrat entsendet werden können, um sich dort ihrer Ansichten und Wünsche bezüglich der Organisation des Betriebes usw. anzunehmen. In der Bilanzfrage verlangen die Demokraten, daß mindestens alle Vierteljahr ein Bericht über die Lage des Betriebes und des einzelnen Unternehmens erstattet werde. Das Recht der Einsichtnahme in die Bilanz, aber nicht das Recht der Einsichtnahme in Unterlagen dazu solle solchen Betrieben eingeräumt werden, wo mindestens 100 Angestellte und 500 Arbeiter tätig sind. Die beiden anderen Parteien erklärten, sich zwar im Augenblick nicht über alle Punkte des Kompromißvorschlages äußern zu können; es scheint ihnen aber, als ob das Kompromiß eine brauchbare Grundlage für eine Verständigung darstelle.

#### Neue soziale Gesetze in Vorbereitung.

Berlin, 26. Nov. Im Ausschuss der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz teilte, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, Reichsarbeitsminister Schilde mit, das Gesetz über die Reichsarbeitsräte sei soweit gefördert, daß es kurz nach Neujahr vorgelegt werden könne. Weiter kündigte der Minister das Gesetz über ein obligatorisches Schlichtungsverfahren an, das zur Verhinderung von Streiks dienen soll. Endlich wurde mit einer erheblichen Veränderung Artikel 37 des Betriebsrätegesetzes angenommen, wonach der Betriebsrat in Betrieben mit über 100 Arbeitnehmern an einem Tag oder mehreren Tagen der Woche eine regelmäßige Sprechstunde einrichten kann, in der die Arbeitnehmer Wünsche und Beschwerden vorbringen können.

#### Der Reichsernährungsminister über die Ernährungsfrage.

Auf eine Interpellation über den Stand unserer Ernährung und die Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft gab der Reichsernährungsminister Schmidt folgende Antwort: Die für die Kartoffeln eingeführte Schnelligkeitsprämie hatte keinen vollen Erfolg, wegen der Verkehrs- und Bitterungsschwierigkeiten. Ein guter Teil der noch ungeernteten Kartoffeln, besonders in Pommern, dürfte für die Ernährung noch zu gebrauchen sein, da die starke Schneedecke das Erfrieren hindert. Die Verkehrsperre mit ihrer bevorzugten Beförderung von Kohlen und Lebensmitteln hat aber nicht allen Erwartungen entsprochen. Wir hoffen, einen großen Teil der Zuckerrüben noch zu retten. Um zu verhindern, daß sie verfault

# Was

bringt die Deutsche Spar-Prämienanleihe



## Jedes Jahr

M. 50.— Sparszinsen für ein Stück von 1000 Mark.

## Jedes Jahr

25 000 Bonusgewinne von 1000 Mark bis 4000 Mark.

## Jedes Jahr

5000 Gewinne gleich 50 000 000 Mark.

Zeichnungen bei allen Bankgeschäften, Banken, Sparkassen u. Genossenschaften.



### Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister für Einzelfirmen wurde bei der Firma T. Schiler, Manufaktur-, Weiß-, Kurz- u. Wollwarengeschäft in Calw heute eingetragen: Die Firma ist erloschen.  
Den 25. November 1919.

Amtsrichter Botteler.

### Oberamtsparkasse Calw.

**Wir suchen eine Schreibhilfe**  
für den Monat Dezember und erbitten sofort Anträge mit Angabe der Gehaltsansprüche.  
Den 26. November 1919.

Kassier Pommert.

## 4 tüchtige Holzmacher suchen

Hg. Gengenbach Söhne, Sägewerk, Dillweissenstein, Telefon Nr. 372.



Nächster Tage trifft eine Anzahl runde und ovale Fässer ein und nimmt Bestellungen hierauf entgegen  
**Abolf Siebenrath, Küfermeister.**  
100 Zentner Mostobst sucht zu kaufen der Obige.

## Mutterkorn

(Roggenmütterle) Neue Apotheke.

Echte Remy-Keisstrahlen-Stärke empfiehlt R. Hauber.

Guterhaltene Leder-Gamaschen sucht im Auftrag zu kaufen Carl Fischer, Schuhgeschäft, Calw, Stuttgarterstr.

Flügel, gut erhalten, Bioline, alt und wirklich gut, aus Privat-hand zu kaufen gesucht. Angebote an Rob. Hahn, Bad Liebenzell, Haus Tanneck.

Am Samstag, den 29. ds. von mittags 2 Uhr an wird 1 älterer Sofa, 2 Kommode und 1 Bettlade verkauft Kronengasse 104.

Vogelfutter empfiehlt Otto Jung, Landesprodukte.

**Altbewährt! Erfreut ist jeder** über seinen Hausrunk aus **Heinen's Kunstmostextract** (Heinen's Trankextract).  
Vorzüglich auch zum Strecken von Obstmost. Das Liter 15-16 Pfg. In Verschlussflaschen zu 50, 100 und 150 Liter mit und ohne künstlichem Säbstoff fast überall erhältlich; wo nicht Bezugsquellen durch:  
**Heinen's Kunstmostextract-Fabrik Pforzheim.**

**Gesundung durch Sauerstoff!**  
Das natürliche giftfreie Heilverfahren ohne Berufsstörung bei **Nerven- und Stoffwechselliden**  
Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Zuckerkrankheit, Gicht, Rheuma, Stuhlträgheit, Hautleiden, unreinem Blut usw.  
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.  
**Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Str. 104/105.**

Die beiden Herren im feldgrauen Anzuge, welche gestern einen an der Stuttgarterstraße gefundenen, angeschossenen

**Hafen**  
töteten und mitnahmen, werden aufgefordert, denselben sofort an mich abzuliefern  
Jagdpädter Raich.

**Lotterie**  
für Auslandsdeutsche  
Loose à 3 Mk. bei  
Friseur Witz, Marktplatz.  
Ziehung garantiert 2. Dezemb.  
Hauptgewinn 30 000 Mk.

**15-20 Mark**  
garantiert täglichen Verdienst für Jeden. Leichte, saubere und angenehme Hausarbeit. Kein Wiederwerk. Entfernung gleich. Adresse erbitten an: Namenskartendruck J. Wachs & C. Seydler, Chemnitz, Peterstraße 9.

**Geld** verleihen an sichere Leute monatl. Rückzahlung.  
**H. Blume & Co., Hamburg 5.**

**Franzbranntwein**  
das allerbeste gegen **Maarausfall** zu haben bei  
K. Genthner, Friseurgeschäft, Bad Liebenzell.

**Remy-Keisstrahlen-Stärke**  
empfehlen  
Ch. Schlatterer.

**40 Zentner Kraut**  
(nicht vom Frost beschädigt) auch kleinere Posten kauft Frau Katharine Linkenheil, Vorstadt.

**Altbullach.**  
Einen schönen 1 jährigen **Rehpinischer** (Rübe) feht dem Verkauf aus Jakob Schmelzle, Postbote.

**2 Ziegen,**  
3-4 Jahre alt, sucht zu kaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

**Monakam.**  
Ein Paar starke **Zugstiere**

hat zu verkaufen J. Schrotz, beim Löwen.  
Breitenberg.

Eine 38 Wochen trüchtige **Ruh** verkauft  
Matthäus Flag.

Deckenfronn. Einem starken **Zugtier** hat zu verkaufen  
Jakob Höpfer.

**Weiss, Englands Politik u. Entwicklung.**  
Geheftet Mk. 1.60, gebunden Mk. 2.40, erhältlich in den hiesigen Buchhandlgn.

**Bad Liebenzell.**  
**Buchbinderei**  
**Buchdruckerei und Einrahmungs-Geschäft**  
empfiehlt sich in allen einschlägigen Arbeiten.  
**Kaufe auch ältere Bildergläser.**  
Karl Fuchs.

**Paffend. Weihnachtsgehenk**  
**Eine Pelzgarnitur**  
für Kinder verkauft. Wer? sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Dresdner Bank**  
Aktienkapital und Reserven  
M 340 Millionen  
**Stuttgart Cannstatt**  
Hauptgeschäftsbüro

**Stammheim.**  
Meiner werthen Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß in meinem Betrieb wieder mit Wasser gearbeitet wird.  
Der von meinem Naphthalin-Motor herrührende Geruch am Del ist dadurch für immer beseitigt.  
Die von verschiedener Seite gegen mich geäußerten Verdächtigungen werde ich in Zukunft gerichtlich verfolgen.  
**Fritz Härle, Delmühle.**

**Sehr wichtig für Landwirte!**  
Auf allgemeinen Wunsch meiner werthen Kundschaft habe ich in **Stuttgart, Sägerstraße 55 I** (5 Minuten vom Hauptbahnhof entfernt) ein Lager in sämtl. landw. Maschinen und Ersatzteilen  
nur erstklassige Fabrik. errichtet, darunter die allgemein beliebten Lanz Futter-schneidmaschinen, Dreschmaschinen, Rübenschneider, Pflanzmühlen, Schrotmühlen, ferner Sämaschinen, Cultivatoren, Acker- und Wiesen-Eggen, Pflüge, Güllepumpen, Kreislagen etc. etc. Mein Lager ist sehr reichhaltig und kann ich daher prompt bedienen. — In allen Bezirken Niederlagen; wo nicht bekannt, wende man sich direkt an  
**C. Gottfr. Störzbach, Maschinen-Großhandlung,** Heilbronn und Stuttgart, Sägerstr. 55 I, Fernruf Nr. 11758.  
General-Vertreter der Firma Heinrich Lanz in Mannheim für ganz Württemberg, Hohenzollern und badischer Kreis Konstanz.

Die hier ersichtliche Kundenzunahme vom 1. Juli 1907 14, sowie die Erledigung von 80 % aller Bücheranlagen bezw. Umwandlungen und 95 % aller Jahresabschlüsse nach doppelter Buchführung an einem Tag sollte ieden Interessenten  
veranlassen, kostenlos und unverbindlich Honorar-tarif und notariell beglaubigte Atteste aus 12-jähriger Praxis zu verlangen.  
**Karl Hecht**  
Bücher-Revisor und kaufmännischer Sachverständiger  
Stuttgart-Gablenberg.

**Etwas Gutes**  
für Haare u. Haarboden ist echtes **Brennessel-Haarwasser,** ferner feinstes Birken-Wasser.  
Zu haben bei **Otto Vinçon, Col.**

**Wilde Kastanien**  
kauft und bittet um Angebot mit Quantums-Angabe  
W. S. Mann,  
Delverlandhaus München.  
Säcke können gestellt werden.

**Schreiner!**  
Für allereinfachste Eichen roh, innen buchen furnierte  
**Möbel**  
ohne Gläser bezahle ich und bestelle jedes lieferbare Quantum bei prompt. Bezahlung:  
Bettstellen, Paar 425 Mk.  
Waschkommode 200 Mk.  
Nachtische, Paar 200 Mk.  
Schrank, 180 breit, ohne Schubk. 800 Mk.  
Beschläge sowie ein Teil des Leims können eventl. geliefert werden.  
Bei Angeboten wird um Angabe ersucht, welcher Artikel und wieviel monatlich geliefert werden.  
Angebote unter Kriegermöbel Nr. 20 an die Geschäftsstelle des Blattes.

**V. Teufel, Dentist,**  
Weilderstadt Marktplatz, Telefon 55.  
empfiehlt ganze u. teilweise Gebisse, Kronen u. Brückenarbeit, Stützähne, Plombieren jed. Art, Reparaturen, schmerzlindernd. Zahnziehen.  
Mässige Preise.  
Sprechstunden täglich von 9-6 Uhr  
Sonntags von 11-2 Uhr.

**Benno-Pillen und Tee**  
sind ein vielbewährtes unschädliches Mittel bei **Blutandrang, Kopfschmerzen, Verstopfung, Hämorrhoiden, Fettleibigkeit.**  
Nur echt mit dem Bild des heiligen Benno.  
Preis für Pillen Mk. 1.50, für Tee Mk. 2.— die Schachtel  
Zu haben in allen Apotheken.

**Kunstfärberei Stuttgart**  
färbt und reinigt alles schön und gut.  
Annahmestelle: **W. Entenmann,** Leberstr. 91.



Am Freitag, den 28. November,  
findet im Gahaus zum „Rößle“

in Neubulach

von abends 8 Uhr an eine

## Versammlung zwecks Hebung der Schweinezucht im Bezirk

und gemeinschaftlicher Erhaltung

stat, wozu sämtliche Schweinezüchter der Drie  
Liebelsberg, Oberhaugstett, Neubulach und Alt-  
bulach dringend eingeladen werden.

S. A.: Karl Hauselmann, Liebelsberg.

## An alle Besitzer von Wertpapieren.

Ab 1. Dezember  
dürfen gemäß Reichsverordnung

## alle Kupons

nur durch Banken oder Bankiers zur Einlösung  
kommen, mit der Vorschrift, daß die betreffenden  
Wertpapiere oder deren Zinschein resp. Gewinn-  
anteilschein-Bogen bei den betreffenden Banken hinter-  
legt sind.

Von dieser Vorschrift sind nur diejenigen Eigentümer  
von Wertpapieren befreit, die beim zuständigen Steuer-  
amt (Kameralamt) ein Verzeichnis ihres Besitzes unter  
Angabe der Gattung, des Nennwerts und der Nummer  
eingereicht haben und ein Exemplar dieses Verzeichnisses  
mit dem Bestätigungsvermerk des Finanzamtes vorlegen  
jeweils bei der Einlösung beim Bankier vorlegen.

Wir empfehlen uns deshalb zur

## Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren

unter Zusage gewissermaßen, fachmännischer  
Beratung.

Es ist geboten, daß alle Kupons die noch im Um-  
lauf sind,

vor 30. November eingelöst werden.

Handel- und Gewerbetreibenden wird sehr angeraten,  
nach dem 29. November keine Kupons  
mehr in Zahlung zu nehmen.

Creditbank für Landwirtschaft  
und Gewerbe Calw.

Spar- und Vorschubbank Calw.

## Günstige Gelegenheit für eine sichere Existenz!

Ent eingeführte Maschinengroßhandlung, sucht  
auf allen größeren Plätzen Niederlagen, unter sehr  
günstigen Bedingungen. Erforderliches Kapital M 5000.—  
10000.— Solche Geschäfte, welche mit den Landwirten  
bereits bekannt sind, erhalten den Vorzug. Offerten  
unter Chiffre S. 3. 155 an Rudolf Klose, Stutt-  
gart erbeten.

## Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw.

Am Samstag, den 29. November, abends 8 Uhr, findet  
im „Badischen Hof“ (Glasalon)

## ein Erörterungs-Abend

über Steuerfragen des Gewerbetreibenden  
und sonstige wichtige Angelegenheiten  
statt. Die Mitglieder werden hiezu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand: H. C. Effig.

## Arbeiter geht zur Einwohnerwehr!

Meldestelle in der „Krone“, Marktpl.,  
Freitag und Samstag von 5—7 Uhr!

## Hirsau, Hotel Hirsch u. Lamm

Samstag, d. 29. Novbr., von abends 7 Uhr ab  
infolge Verkauf unseres Hotels



## große Abschieds- Feier

Tanz frei!

Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Jedermann herzlich willkommen!

Tanzleit.: R. Hahn. Wilh. Diebel u. Frau.

## Bad Teinach.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

## Weihnachtsartikeln

Christbaumschmuck, Gesellschaftsspiele Ban-  
kasten, Puppen, Puppenmöbel, Bücher usw. ferner

## Haushaltungsartikel aller Art

email. und eiserne Ringtöpfe, Bräter, Städtespinnen,  
Kaffeeröster, Kaffeemühlen, Wassereisen, Buttermaschinen,  
Mandeltreibmaschinen, Kuchenbleche, Brotkapseln, Milch-  
flaschen, Emaille- und Aluminium-Schöpf- und Schaum-  
löffel, Schnapshoteln, Mosikrüge, Milchöpfe, Schüsseln,  
Teller, Löffel, Bestecke, Aluminium- u. Kaffeelöffel.

## Holzwaren

Kochlöffel, Wellhölzer, Waschbretter, Schneid-  
bretter, Hackbretter, Radelbretter, Mehlsebe,  
Bäckhörnchen usw.

Verz. Eimer, Spülschüsseln und Wannen.  
Schuhkrager, Sorgobesen, Bürstenwaren aller Art,  
Filzsohlen usw.

zu billigsten Preisen und laden zu zahlreichem Besuch höfl. ein

Robert Schneller Witwe.

## Sägmühle, Mahlmühle, Fabrik oder Gebäude mit Wasser- kraft

Angebote an

Stephan u. Frank, Pforzheim, Zähr. Allee.

## Bin Käufer für Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer und Kleinmöbel.

Eilangebote unter S. 3. 4 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

## Württ. Bürgerpartei, Ortsgr. Calw

Am nächsten Samstag, 29. November,  
abends 8 Uhr, findet im „Badischen Hof“ hier ein

## Familien-Abend

mit musikalischen und  
kinematographischen Darbietungen

statt. Die Mitglieder und Freunde unserer Partei mit ihren Familien-  
angehörigen sind herzlich eingeladen.

Der Ausschuß.

Statt Karten.

Maria Renz

Joh. Martin Seeger

Korbmachermeister

Bad Teinach

Brettenberg

November 1919.

## Statt jeder besonderen Einladung!

Calw.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Be-  
kannte zu unserer am Samstag, den 29. November  
1919 stattfindenden

## Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Ochsen“ freundlichst einzuladen.

Julius Großmann,

Sohn des Schuhmachermeisters Großmann, hier,

Lydia Maier,

Tochter des Bahnwärters a. D. Maier, hier.

Kirchgang 2 Uhr.

## Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Be-  
kannte zu unserer am Samstag, den 29. November  
1919 stattfindenden

## Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Schlösschen“

in Eisingen

freundlichst einzuladen.

Heinrich Ayasse,

Sohn des Joh. Dav. Ayasse, Kronen-Wirt, Neuhengstett.

Maria Geiger,

Tochter des Chr. Geiger, Kronprinzen-Wirt, Eisingen.

## Möbelklopper von Rohr, Reisstroh- besen mit und ohne Stiel, Kinderbesen, Türvorlagen, Bäckhörnchen

empfiehlt

Wilh. Frank,

Korb- und Kinderwagen-Geschäft,

Calw, hinter dem Rathaus,

Hirsau.

Samstag, d. 29. nachm. 3 Uhr verkaufe ich im Auftrag im  
Klosterhof Nr. 53

1 neuen 2 türigen Kleiderschrank, 1 polierte  
Schreibpultkommode, 1 kleineren Zimmertisch,  
2 Stühle, 1 Bettstelle mit gutem Roß, 1 alt.  
Bettstelle, 1 Kinderbettstelle

Stadlinventurer Kolb.